

Protokoll:

Rm Schumann-Dreyer erklärt, dass die CDU-Ratsfraktion nach Durchführung des Ortstermins, an dem sowohl Vertreter mehrerer Ratsfraktionen als auch Mitarbeiter der Verwaltung teilgenommen haben, erwartet habe, dass durch die Verwaltung ergänzende Informationen hinsichtlich der zu erwartenden Kosten erfolgen. Die CDU-Ratsfraktion sei grundsätzlich mit der Herstellung barrierefreier Bushaltestellen einverstanden.

66/Herr Schmidt erläutert die vorgesehenen Maßnahmen sowie die sich daraus ergebenden Auswirkungen auf die bestehenden Verkehrsbeziehungen anhand eines Planes.

Rm Schupp befürchtet, dass durch den geplanten Ausbau des Gehweges das verkehrswidrige Verhalten von Pkw-Fahrern gefördert werde, die dort anhalten, um ihre Kinder zur Schule zu bringen. Die Kinder würden sehr wahrscheinlich die stark befahrene Straße kreuzen und nicht die 100 m entfernt liegende geplante Querungshilfe oder die bestehende Unterführung nutzen. Deshalb spricht er sich dafür aus, auf die Herstellung des Gehweges komplett zu verzichten. Neben der Einsparung von entsprechenden Haushaltsmitteln könne auch die Verkehrssicherheit verbessert werden. Stattdessen solle die Verwaltung prüfen, ob ein Halteverbot für diesen Bereich ausgesprochen werden kann. Außerdem müsse die Situation im Bereich der geplanten Kurzzeitparkplätze überdacht werden. Die Eltern würden diese wahrscheinlich nicht nutzen. Vor dem Hintergrund der bestehenden Unterführung müsse nochmals geprüft werden, ob die geplante Querungshilfe Sinn mache. Im Bereich des Sportplatzes bestehe hingegen die Möglichkeit, den vorhandenen, von der Rüsternallee kommenden Fußweg herzurichten. Die geplante Rampe sei hingegen notwendig, da auch mobilitätseingeschränkten Menschen die Möglichkeit gegeben werden müsse, die vorhandenen Bushaltestellen zu erreichen.

Rm Schupp verweist auf ein Schreiben an die VRM sowie die evm Verkehrs GmbH mit der Bitte um Prüfung, ob die Möglichkeit besteht, die Bushaltestellen an der Hochschule zu erweitern. Somit könne den Busfahrern Gelegenheit gegeben werden, ihre Fahrzeuge abzustellen, um Pausenzeiten einzuhalten. Bisher würden die Busse, deren Fahrer Pausen einlegen, im Bereich der Karl-Härle-Straße abgestellt. Er bittet die Verwaltung, zu prüfen, ob die bestehenden Bushaltestellen entsprechend ausgebaut werden können.

Rm Schumann-Dreyer hält es für sinnvoll, dass die Schule auf die Eltern einwirkt, ihre Kinder, die zur Schule gelangen möchten, nicht mehr im Bereich des geplanten Gehweges abzusetzen.

Herr Seuling/Behindertenbeauftragte der Stadt Koblenz hält eine Herstellung des Gehweges mit Bordsteinen für sinnvoll. Dieser könne durch mobilitätseingeschränkte Menschen genutzt werden. Durch die Ausstattung der Gehwege mit hohen Bordsteinen könnte den Eltern signalisiert werden, dort ihre Kinder nicht mehr abzusetzen. Derzeit würden die Fahrzeuge der Eltern im Bereich des vorhandenen Grünstreifens neben der Straße halten.

Ausschussmitglied Coßmann schlägt vor, den geplanten Gehweg mit einem Geländer auszustatten. Dies würde Pkw-Fahrer daran hindern, dort ihre Kinder abzusetzen.

Herr Beigeordneter Flöck stellt fest, dass hinsichtlich der Erschließung des Gehweges noch Beratungsbedarf bestehe.

Herr Beigeordneter Flöck fasst die Ergebnisse der bisherigen Beratungen zusammen:

- Gehweg:
Herr Beigeordneter Flöck stellt fest, dass die Verwaltung Möglichkeiten prüfen wird, wie verhindert werden kann, dass in Zukunft Eltern dort anhalten, um ihre Kinder, die das Schulzentrum besuchen, abzusetzen.
- Fläche für Kurzparker:
66/Herr Schmidt erläutert deren Lage anhand eines Planes. Den Eltern solle eine Möglichkeit angeboten werden, diese Parkplätze kurzzeitig in Anspruch zu nehmen, um dort ihre Kinder abzusetzen.
- Querungshilfe:
66/Herr Schmidt erklärt, dass die vorgesehene Rampe ohne eine Querungshilfe keinen Sinn mache. In diesem Zusammenhang verweist er auf den sich auf der anderen Straßenseite befindlichen Parkplatz.
- Rampenbauwerk:
Herr Beigeordneter Flöck erklärt, dass, falls der Bau der Querungshilfe nicht erfolgen solle, für mobilitätseingeschränkte Menschen eine bauliche Möglichkeit im Hangbereich neben der Treppe entwickelt werden müsse.
- Bushaltestelle:
Herr Beigeordneter Flöck führt aus, dass die Bushaltestelle möglichst so erweitert werden soll, dass für Busfahrer eine Aufstellfläche für ihre Fahrzeuge vorhanden ist, damit diese dort ihre Ruhepausen wahrnehmen können.
Herr Beigeordneter Flöck ergänzt, dass diese Thematik separat beraten wird.

66/Herr Schwarz hält es für sinnvoll, dass das planende Büro Weinand seine Planung noch einmal den Mitgliedern des Fachbereichsausschusses IV vorstellt.

Rm Artz erklärt, dass der Behindertenbeauftragte der Stadt Koblenz von Beginn an in die Planungen involviert gewesen sei.

Herr Seuling/Behindertenbeauftragter der Stadt Koblenz stellt klar, dass die Forderung nach einer barrierefrei erreichbaren Bushaltestelle von Anfang an vorhanden war. Im Zuge der Planungen habe man sich auch für die Realisierung eines Rampenbauwerks ausgesprochen.

Rm Schumann-Dreyer erklärt, dass die vorhandenen sowie die geplanten Wegeverbindungen auch von Studierenden der Hochschule genutzt werden. Sie bittet die Verwaltung, sich mit der Hochschule in Verbindung zu setzen, um zu erreichen, dass nach Möglichkeit sich entweder die Hochschule oder das Land Rheinland-Pfalz an den zu erwartenden Kosten beteiligt. Vor dem Hintergrund der barrierefreien Herstellung der Bushaltestellen bittet sie die Verwaltung, zu prüfen, ob ggf. Mittel aus einem Förderprogramm beantragt werden können.

Rm Schupp schlägt vor, dass sich Vertreter der Ratsfraktionen mit den zuständigen Mitarbeitern der Verwaltung in Verbindung setzen, um die Planung noch einmal Punkt für Punkt abzustimmen.

66/Herr Schmidt wird die am Verfahren Beteiligten sowie die Vertreter der Ratsfraktionen einladen.

Der Fachbereichsausschuss IV erklärt sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Die Vorlage wird ohne Beschlussempfehlung in die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 05.12.2016 verwiesen.